

Terroranschläge in Paris: Reaktionen aus Jordanien

ZWISCHEN VERURTEILUNG UND HILFLOSIGKEIT

König Abdullah hat in einem Telegramm an den französischen Präsidenten Hollande den Anschlag auf die Zeitung Charlie Hebdo verurteilt, sein Beileid bekundet und den Verletzten baldige Genesung gewünscht. Regierungssprecher Mohammad Momani bezeichnete den Angriff als einen Angriff auf "hehre Werte und Prinzipien" wie auf die „befreundete Nation Frankreich“. Momani drückte der französischen Regierung und dem französischen Volk sein Beileid wegen der Toten des Anschlags aus und versicherte „allen Freunden“ die Solidarität Jordaniens gegen alle Formen von Terror.

Medien und Zivilgesellschaft

In den durchwegs regierungstreuen Tagesmedien gibt es eine Reihe von Kommentaren zu den Ereignissen in Frankreich. Während einerseits die Anschläge verurteilt werden, wird andererseits Ärger darüber zum Ausdruck gebracht, dass die Zeitschrift Charlie Hebdo regelmäßig den Islam und den Propheten Mohammed verunglimpft habe. Auf der Facebook-Seite der französischen Botschaft in Amman gibt es eine Reihe von Beileidsbekundungen. Ahmad Masadeh, ehemaliger jordanischer Minister, schreibt auf seiner Facebook-Seite am Tag des Attentats, Unschuldige zu töten sei ein feiger Akt, den er als Araber und Muslim verurteile. Die Welt sei im Kampf gegen den Terror und den Einsatz für eine freie Presse vereint. Der politische Analyst und Journalist Amer Sabaileh schreibt auf seiner Facebook-Seite am Tag des Attentats unter Verweis auf ein Interview mit der italienischen Internet-Seite PANORAMA, der Krieg gegen die Feinde der Menschheit (...) sei kein Krieg zwischen den Religionen, sondern

ein Krieg für die Menschheit. In seinem Interview mit PANORAMA kritisiert Sabaileh die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dafür, vielen Führern des Jihad politisches Asyl gewährt zu haben. Europa habe sich mit dieser Haltung getäuscht und nun den Feind im eigenen Haus. Insgesamt gibt es auf den Seiten der Sozialen Medien einen regen Austausch über die Ereignisse in Frankreich, wobei mehrheitlich Verständnis für islamische Reaktionen – auch gewalttätige – auf die Verunglimpfung des Islam und des Propheten Mohammed geäußert wird. Nur vereinzelt werden die Terroranschläge als solche benannt und verurteilt.

Die Teilnahme von König Abdullah und Königin Rania am Solidaritätsmarsch politischer Führer in Paris hat in Jordan ein geteiltes Echo gehabt. Ein Facebook-Beitrag der Königin im Vorfeld des Paris-Besuchs, in dem sie zum Ausdruck brachte, dass es sie als Muslimin treffe, wenn jemand den Islam verhöhne, es sie aber noch weit mehr verletze, wenn Kriminelle den Islam zur Rechtfertigung ihrer kaltblütigen Morde an unschuldigen Zivilisten benutzen, fand zwar überwiegend Unterstützung. Einige sahen aber die Geste des Königs und der Königin, sich an einem Marsch im Namen der „Meinungsfreiheit“ zu beteiligen, als scheinheilig an, weil diese Freiheit in Jordanien nicht gegeben sei. Andere kritisierten, dass König und Königin in Paris gemeinsam mit dem israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu zu sehen gewesen seien, aber keine Solidarität gezeigt hätten, als Gaza im Sommer 2014 einem Krieg ausgesetzt gewesen sei, für den Netanjahu verantwortlich gewesen sei. In jordanischen Medien wurde daraus der Schluss gezogen, dass das Palästina-Problem für viele Araber einfach größere

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

JORDANIEN

DR. OTMAR OEHRING

21. Januar 2015

www.kas.de/jordanien

Bedeutung habe, als die Terroranschläge in Paris.

Die neuerliche Veröffentlichung einer Mohammed-Karikatur und anderer als anti-islamisch empfundener Karikaturen durch Charlie Hebdo wurde u.a. von der Jordan Press Association verurteilt. Die Karikaturen schürten Hassgefühle und beeinträchtigten die Stabilität und den Frieden der Gesellschaft. Der jordanische Parlamentsabgeordnete Motaz Abu Rumman beklagte, dass die Verspottung des Propheten nichts mit Meinungsfreiheit zu tun habe, sondern einen Krieg gegen den Islam darstelle. Er kritisierte, dass es in Europa zwar gesetzliche Regelungen gegen die Verunglimpfung von Judentum und Zionismus gebe, nicht aber entsprechende Regelungen gegen die Verunglimpfung des Propheten und des Islam im Allgemeinen, die er mit Nachdruck einforderte. Diese Forderung wurde von 70 weiteren Parlamentsabgeordneten unterstützt, die die Regierung aufforderten im Einvernehmen mit den Regierungen anderer arabischer und muslimischer Staaten eine gemeinsame feste Position zu entwickeln, die die Symbole des Islam verteidigt und die Vereinten Nationen zu einer Resolution auffordert, die die Beleidigung des Propheten und religiöser Symbole ächtet/verbietet. In der Bevölkerung fand diese Forderung Unterstützung.

In den sozialen Medien wurde daneben aber auch eine "boykottiert Frankreich"-Kampagne gestartet, die dazu aufruft französische Produkte und französische Investments zu boykottieren und sofort mehrere tausend Unterstützer verzeichnete. Dass es sich bei dieser Kampagne allerdings um einen Schnellschuss handelt, zeigt die Auswahl der Unternehmen, die boykottiert werden sollten. Die Geschäfte der Supermarktkette Carrefour in Jordanien sind ein kuwaitisches Investment, die zudem kaum französische Produkte verkaufen und ohne die zahlreichen TOTAL-Tankstellen müssten die Autobesitzer beim Tanken lange Wartezeiten in Kauf nehmen. Tatsächlich gibt es französische Unternehmen, die Schlüsselstellungen in der jordanischen Wirtschaft besetzen, etwa LaFarge oder ORANGE, an die die Initiatoren aber nicht gedacht hat-

ten. Einige, die die Schweigsamkeit der französischen Regierung zu den als anti-islamisch empfundenen Karikaturen kritisierten aber auch den Boykottaufruf in Frage stellten, forderten denn auch smartere Formen des Protests.

Den vorläufigen Abschluss der öffentlichen Aufregung im Zusammenhang mit den Terroranschlägen in Paris bzw. den von Charlie Hebdo veröffentlichten und als anti-islamisch empfundenen Karikaturen, stellt eine Demonstration dar, die mit Genehmigung der Behörden am letzten Freitag in der Altstadt von Amman stattfinden durfte. Mehr als tausend Demonstranten, die sich nach dem Freitagsgebet vor der Al Hussein-Moschee versammelten, brachten weitestgehend friedlich ihre Solidarität mit dem Propheten Mohammad zum Ausdruck und protestierten gegen die Mohammad-Karikatur auf der Titelseite der neuesten Ausgabe von Charlie Hebdo. Einige wenige Demonstranten, die anschließend versuchten die mehrere Kilometer entfernt in einem Villenviertel gelegene französische Botschaft zu erreichen, wurden von der Polizei abgefangen und in Gewahrsam genommen.

Muslimische Verbände/Autoritäten/Institutionen

Offizielle Äußerungen religiöser Führer gibt es nicht. Der sunnitische Islam in Jordanien steht im Prinzip unter der Aufsicht des Staates und seiner Einrichtungen. Von daher wären Äußerungen, die von der offiziellen Positionierung des Königs und der Regierung abweichen, auch überraschend. Bei den Moscheegemeinden ist vorderhand zu unterscheiden zwischen jenen, die sich zumindest offiziell unter der Kontrolle des Staates befinden und jenen, die sich in den letzten Jahren in großer Zahl inoffiziell etabliert haben und sich staatlicher Kontrolle weitgehend entziehen. Nach vorliegenden Berichten erfüllen die Prediger an den Moscheen, die sich zumindest offiziell unter der Kontrolle des Staates befinden, zwar den vorgegebenen Auftrag, den Terror zu verurteilen, nehmen sich dann aber gleichwohl die Freiheit jene zu würdigen, die gegen die „Kreuzzügler“ vorgehen. Konkrete Erkenntnisse über die Positionierung der Prediger

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

der inoffiziellen Moscheegemeinden liegen nicht vor, man kann jedoch davon ausgehen, dass hier weitestgehend unbeeinflusst von staatlichen Vorgaben gepredigt wird.

JORDANIEN

DR. OTMAR OEHRING

21. Januar 2015

www.kas.de/jordanien